



## Falsche Feindbilder

Wie bekannt, möchte die AfD den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner bestehenden Form abschaffen. Immerhin, nicht ganz ohne Hilfe der CDU, ist es der AfD in Sachsen-Anhalt gelungen, die bereits beschlossene Erhöhung des Rundfunkbeitrages um 86 Cent zu verhindern. Die Folgen davon sind Einschränkungen im Programm, leider, auch diese Bemerkung muss gestattet sein, nicht bei den exorbitanten Gehältern der Führungsetagen der Sender.

Im Programm der AfD für die Bundestagswahl 2021 heißt es: „Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ist überholt. Die Rundfunkstaatsverträge sind in jedem Bundesland zu kündigen, um eine grundlegende Reform zu ermöglichen. Am Ende soll ein stark reduzierter Anbieter stehen, der ca. ein Zehntel des bisherigen Umfangs haben soll. Dieser ‚Grundfunk‘ hat nur die Aufgabe, die Bürger flächendeckend mit neutralen Inhalten aus den Sparten Information, Kultur und Bildung zu versorgen. Wichtig bleiben regionale Inhalte – ein schlanker ‚Heimatkfunk‘ als Schaufenster der Regionen. Zwangsbeiträge und Werbung entfallen. Die Finanzierung erfolgt durch eine Abgabe, die insbesondere Technologiekonzerne, die audiovisuelle Inhalte verbreiten, sowie Video-Streaming-Dienste zu leisten haben. Diese dominieren den deutschen Markt, ohne dafür in angemessener Weise Steuern oder Abgaben zu zahlen.“

In der Summe bedeutet das die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Was sind neutrale Inhalte? Keine Kommentare, keine Interviews mit kritischen Nachfragen, keine Dokumentationen, die sich mit Parteien beschäftigen? Sondern nur noch ein Verkündungsprogramm? Dafür aber 90 Prozent Privatfunk, der vornehmlich die Interessen seiner Geldgeber vertritt? Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist durch seine Gremien zwar nicht ganz unabhängig von der Politik, aber weit entfernt von einem Staatsfunk. Ungarn und Polen haben gezeigt, wie man aus einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen Staatsfunk macht. Keine Blaupause für freiheitliche Demokratien.

Seit 2017 haben wir ein „Heimatministerium“, das **Horst Seehofer** leitet, da ist es geradezu zwangsläufig, dass es auch einen „Heimatkfunk“ geben muss. Als Sendererkennung fielen einem sofort ein paar Melodien von **Richard Wagner** ein.

Die AfD hat jedoch ein falsche Feindbild. Nicht die öffentlich-rechtlichen Sender sind ihr Problem, sondern die Privaten. Zu fast jedem Thema wird in den

Sendern auch ein O-Ton eines AfD-Funktionärs eingeholt. Wenn aus den Parlamenten berichtet wird, findet die AfD Gehör. Nach Wahlen sitzt die AfD am Tisch der Generalsekretäre in der ARD. Ausführlich, 25 bzw. 20 Minuten lang, können sich die AfD-Chefs in den Sommerinterviews von ARD (Bericht aus Berlin, 18:05 Uhr) und ZDF (Berlin direkt, 19:10 Uhr) äußern.

Hier die Gäste der ARD-Sommerinterviews im „Bericht aus Berlin“: 11. Juli 2021: Armin Laschet (CDU), 25. Juli 2021: Christian Lindner (FDP), 1. August 2021: Dietmar Bartsch (Die Linke), 8. August 2021: Tino Chrupalla (AfD), 15. August 2021: Olaf Scholz (SPD), 22. August 2021: Annalena Baerbock (Grüne), 29. August 2021: Markus Söder (CSU).

Und bei „Berlin direkt im ZDF“: 11. Juli: Janine Wissler (Die Linke), 18. Juli: Jörg Meuthen (AfD), 25. Juli: Armin Laschet (CDU), 1. August: Markus Söder (CSU), 8. August: Robert Habeck (Grüne), 15. August: Christian Lindner (FDP), 22. August: Olaf Scholz (SPD).

Kurzum, die AfD kann sich über zu wenig Präsenz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht beschweren. Höchstens über kritische Fragen, die es weder im „Grundfunk“, noch im „Heimatkfunk“ geben dürfte.

Die wahren Gegner der AfD sitzen in den Redaktionen der privaten Medien. Sowohl *Der Tagesspiegel* als auch die *Berliner Morgenpost* haben schon Wahlen durchgeführt. Beteiligt waren alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, bis auf die AfD. Am 8. Juli fand in Tempelhof-Schöneberg eine Online-Diskussion mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der in der Bezirksverordnetenversammlung vertretenen Parteien statt, ohne AfD. Den Bericht darüber finden Sie unter:

<https://www.morgenpost.de/bezirke/tempelhof-schoeneberg/article232744105/Wer-macht-die-beste-Politik-fuer-Tempelhof-Schoeneberg.html>

Veranstalter waren die *Berliner Morgenpost* und die *Friedrich-Naumann-Stiftung*. Mitte Juni fand schon von denselben Veranstaltern eine Diskussion mit den Berliner Spitzenkandidaten für den Bundestag statt, auch dabei fehlte die AfD. Der Diskussionsleiter **Gilbert Schomaker**, stellvertretender Chefredakteur der *Berliner Morgenpost*, teilte uns auf Anfrage mit, dass die FDP-nahe *Friedrich-Naumann-Stiftung* keine Veranstaltungen mit der AfD macht.

Darüber, dass sie nicht zu der Diskussion eingeladen wurde, zeigt sich die AfD Tempelhof-Schöneberg verärgert. Überschrift: „Funke-Mediengruppe zensiert den Wahlkampf in Tempelhof-Schöneberg und verschweigt die AfD – Beschwerde beim Presserat wird eingereicht.“ **Karsten Franck**, der Fraktions-



vorsitzende der AfD, erklärte zu dem Vorgang: „Mit Entsetzen haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Berliner Morgenpost, die zur Funke-Mediengruppe gehört, offenbar den Wahlkampf im Bezirk zensiert, denn die Zeitung hatte am heutigen Donnerstag per Livestream zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel ‚Wer macht die beste Politik für Tempelhof-Schöneberg?‘ eingeladen – ohne die AfD.“

Und weiter: „Wir protestieren hiermit auf das Schärfste gegen diesen Manipulationsversuch der Berliner Morgenpost, die ihren Lesern offenbar die Existenz der AfD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg verschweigen will, die damit eklatant gegen die journalistischen Grundsätze der Sorgfalt und Objektivität verstößt – und die damit den Wahlkampf im Bezirk zensiert.“ Diesen Schuh braucht sich die Berliner Morgenpost nicht anzuziehen, wenn der Mitveranstalter grundsätzlich keine Veranstaltungen mit der AfD macht. Ein Hinweis darauf in der Berichterstattung wäre aber hilfreich gewesen.

Die AfD kommt in ihrer Pressemitteilung nicht ohne Verschwörungstheorien aus: „Dieses skandalöse Verhalten der zur Funke Mediengruppe gehörenden Berliner Morgenpost wirft zum wiederholten Male ein Schlaglicht auf die Medienmacht der Altparteien, in diesem Fall die der CDU, da das CDU-Mitglied und der NRW-Landesminister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, **Stephan Holtzoff-Pförtner**, Miteigentümer der Funke Mediengruppe ist. Wir werden das unsägliche Verhalten der Berliner Morgenpost vor den Presserat bringen und eine förmliche Beschwerde einreichen.“

Holtzoff-Pförtner ist der Adoptivsohn der WAZ-Miteignerin **Gisela Holthoff** sowie Gesellschafter und Sprecher der Funke Familien Gesellschaft. Dass ein Landesminister Miteigentümer einer der größten Medienkonzerne ist, mag nach Geschmäcke ausschauen, vorwerfen kann man es ihm aber nicht, schließlich hat er die Anteile geerbt. So lange er sich aus dem operativen Geschäft heraushält, ist wenig gegen die Doppelfunktion zu sagen. Daraus aber eine Verschwörung der Alt-Parteien zu konstruieren, ist ziemlich überzogen.

Im Wahlprogramm der AfD steht unter der Überschrift: „Meinungsfreiheit statt Tugendterror“: „Diffuse Vorstellungen von ‚politischer Korrektheit‘ ersticken die öffentliche Diskussion durch Sprach- und Denkverbote. Tatsachen werden verdreht und kontroverse Themen tabuisiert. Das Zusammenrücken der Altparteien zu einem politischen Meinungskartell

hat die linke Dominanz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in privaten Mainstream-Medien verfestigt. Auch die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist gefährdet. Berufliche Sanktionen, soziale Ächtung und gewaltsame Übergriffe lassen die verfassungsrechtlich garantierten Freiheitsrechte zur Theorie verkümmern. Dies hat sich in der Corona-Krise in erschreckender Weise gezeigt.“

Das muss man sich mehrmals durchlesen, um herauszufinden, welches Land gemeint sein könnte. Aus all dem, was die AfD zu Papier bringt, wird nicht richtig deutlich, was sie eigentlich will. Keinen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der bestehenden Form. Abschaffung des „Meinungskartells der Altparteien“. Und was soll an deren Stelle rücken. Der „Heimatkund“?

Die AfD sollte endlich einmal die Katze aus dem Sack lassen und uns erzählen, wie sie sich die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland vorstellt. Danach sollte sie in den nächsten Wochen in den anstehenden Diskussionsrunden und Interviews befragt werden. Die AfD hat keinen Grund, sich über mangelnde Aufmerksamkeit zu beklagen. Sie erhält im öffentlich-rechtlichen Rundfunk genügend Platz.

Dass eine liberale Stiftung aus ihrem Grundverständnis heraus keine Veranstaltungen mit einer Partei macht, in der sich Neonazis und Rechtsextremisten wohlfühlen, ist nur allzu verständlich. Private Medien müssen aber einen Weg finden, bei einer Diskussion, in der es um die Belange eines Bezirks geht, auch Vertreter der AfD zu Wort kommen zu lassen. Jeder sollte vorher wissen, mit wem er sich einlässt, wenn er mit Vorsatz oder aus Versehen bei der AfD sein Kreuz macht.

Durch die Erhöhung der Bezirksratsmitglieder von fünf auf sechs, hat die AfD in Berlin realistische Chancen, in allen zwölf Bezirken einen Stadtrat zu stellen. Bisher ist das bereits in sechs von zwölf Bezirken der Fall. Auf kommunaler Ebene regiert die AfD schon mit. Der AfD werden nach den neuesten Umfragen zwölf Prozent in Berlin zugetraut, auf Bundesebene zehn. Zuviel, um sie nicht ernst nehmen zu müssen. Totschweigen nützt nichts. Ganz im Gegenteil. Die AfD gehört nicht in die Mitleidsecke.

**Ed Koch**